

Antrag 17. Umwelt und Klimaschutz Eingebracht von der Jungen Generation in der SPÖ

Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Eine Gesellschaft, in der es eine ungleiche Bewertung von Versorgungs- und Erwerbsarbeit gibt, in der Einkommens- und Vermögensverhältnisse krass ungleich verteilt sind, in der die Bildungs- und Karrierechancen geschlechtsspezifisch ungleich sind und in der die Verfügbarkeit über Produktionsmittel und die Gestaltung des Umgangs mit natürlichen Ressourcen nicht für alle Menschen gleich ist, ist keine zukunftsfähige Gesellschaft.

Eine nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt setzt neben der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ein Überdenken der Beziehung des Menschen zu allen seinen Lebensbereichen voraus. Dabei kann nicht ignoriert werden, dass die Natur nicht als beliebig kontrollierbares, kostenloses und unbegrenztes Kapital unter die Räder der herrschenden, wachstumsfixierten Ökonomie gerät.

Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass sich Frauen ungleich mehr von akuten und potentiellen Umweltkatastrophen bedroht fühlen als Männer. Gleichzeitig hindern patriarchische Machtstrukturen ihre Teilnahmen an einem Prozess, der zu stärkeren Umwelt- und Klimaschutz und somit zu dauerhaft besseren Lebensbedingungen für alle führen soll. Der klassisch männliche Zugang zu Umweltproblemen äußert sich vor allen in seiner technikdominierten Lösungsorientierung.

Daher halten wir es für wichtig, umwelt- und frauenpolitische Strategien so miteinander zu verbinden, dass gleichzeitig der Abbau von Herrschaftlichkeit gegenüber der Natur und ein Machtabbau zwischen den Geschlechtern erreicht werden. Konkret fordern wir eine Umverteilung von Aufgaben, Pflichten sowie der weniger werdenden Ressourcen zwischen den Geschlechtern.

Die Produktion von Energie, der Verkehr und die Raumplanung sind für einen effektiven Umwelt- und Klimaschutz grundlegende Bereiche und gleichzeitig solche, die nahezu frauenlos sind. Dabei haben realpolitisch umstrittene Maßnahmen wie etwa CCS (Carbon Capture and Storage – also das Speichern von schädlichem, übermäßigem CO₂ unter der Erde), der Emissionshandel oder das unreflektierte Einsetzen von nicht nachhaltig hergestellten Agrotreibstoffen noch immer die Überhand im Ideenwettbewerb mit jenen Lösungen, denen Frauen eher zugänglich sind, also beispielsweise strukturellen Energiesparmaßnahmen, ein Hinterfragen unseres Mobilitätsverständnisses oder der Bereitschaft zur Veränderung von Lebensstilen.

Um hier entgegenzusteuern, halten wir entsprechende Maßnahmen auf der Ebene der Aufbau- und Ablauforganisation von Verwaltung und Politik für notwendig. Beispiele dafür umfassen:

- Die Quotierung von umweltrelevanten Gremien in Politik, Wirtschaft und Verwaltung
- "Gender-Trainings" für MitarbeiterInnen der relevanten Ministerien
- Das Controlling umweltpolitischer Maßnahmen unter Berücksichtigung geschlechterpolitischer Perspektiven
- Das Aufgreifen der bisher vorliegenden Ergebnisse der feministischen Umweltforschung bei der Gestaltung von Umweltpolitik

Als SPÖ nehmen wir die unterschiedlichen Zugänge von Frauen und Männern im Bereich Umweltschutz wahr und auch ernst. Dem von Frauen eher bevorzugten Vorsorgeprinzip, das sich nicht auf rein technische Reparatur- und Konservierungsmaßnahmen beschränkt, widmen wir daher große Aufmerksamkeit und versuchen, oft wenig beachteten aber deshalb nicht minder wirkungsvollen Lösungsansätzen zum Durchbruch zu verhelfen.

Zentral mit dem Schutz unserer Umwelt ist der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen verbunden.

Dabei spielen Kaufentscheidungen eine bedeutende Rolle: die Entscheidung für energieeffiziente Geräte, für Fahrzeuge, bei denen die Wirtschaftlichkeit und nicht die Schnelligkeit im Vordergrund stehen, für Wohnraum, der energieeffizient gebaut wurde und ökologisch sinnvoll beheizt, belüftet und belichtet werden kann und für Produkte, die repariert werden können und keine Einweg-Erzeugnisse sind, ist dabei von großer Bedeutung. In Familien werden Kaufentscheidungen meist von Frauen getroffen oder zumindest maßgeblich beeinflusst: vom Hygieneartikel über den Urlaub bis hin zu Autos sind es meist die weiblichen Familienmitglieder, die über die Größe des CO₂-Rucksacks von Produkten und Dienstleistungen, über den Verzicht auf schädliche Chemikalien und den Kauf von ökologisch und fair hergestellte Lebensmittel entscheiden. Frauen hier eine öko- und klimasensible Entscheidungsgrundlage zu bieten, kann massiven positiven Einfluss auf Umwelt und Atmosphäre haben.

Gerade bei der Ernährung wünschen sich viele KonsumentInnen Lebensmittel, die gesund und aus ökologischer Landwirtschaft sind, hergestellt unter sozial gerechten Bedingungen und aus dem regionalen Umfeld - sozusagen im Einklang mit der Natur. Der Umstieg auf mehr ökologische Landwirtschaft, welche leistbare Produkte liefert, lässt sich durch das Streichen von Subventionen für Monokulturen und Massentierhaltung erleichtern. Außerdem sollten keine Gelder mehr für Vernichtungsprämien und Exportsubventionen ausgegeben werden. Dies hat auch einen entwicklungspolitischen Hintergrund: Billigste weil mit Steuergeldern hochsubventionierte europäische Landwirtschaftsprodukte überschwemmen derzeit den afrikanischen Markt und erschweren es den lokalen Bäuerinnen und Bauern von ihren Ernten leben zu können.

In vielen Bereichen können KonsumentInnen derzeit aber gar nicht frei wählen, weil Informationen fehlen:

Beispielsweise bleibt es den Konsumentinnen meist verborgen, ob ein T-Shirt unter menschenunwürdigen Bedingungen von Näherinnen in Bangladesch hergestellt wurden, oder ob es sich um ein einigermaßen „fares“ Produkt handelt, welche Farbstoffe zum Färben verwendet wurden und ob das Abwasser gereinigt wird oder direkt das Grundwasser verseucht. Eine bessere Kennzeichnungspflicht könnte hier einiges verbessern. Dass dies prinzipiell möglich ist, beweist die erfolgreiche Bezeichnung bei Hühnereiern. So können KonsumentInnen besser wählen, welche Produkte sie gerne konsumieren.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Schutz der ökologischen Bewirtschaftung vor der Vermischung mit Gentechnisch Veränderten Organismen (GVO). Dazu sollte es vor allem einfachere Möglichkeiten geben, GVO-freie Regionen zu etablieren. „Gutes Leben“ im Sinne von hoher Lebensqualität UND verantwortungsvollem Umgang mit Umwelt und Ressourcen ist gegenwärtig oft von der finanziellen Möglichkeit der Menschen abhängig. Nicht jeder und vor allem nicht jede kann es sich leisten, biologische Produkte zu essen, die Freizeit in gesunder Umwelt zu verbringen und CO₂neutral zu reisen und zu wohnen. Schutz von Klima und Umwelt darf aber kein Luxus sein - nicht im Sinne der Umwelt und schon gar nicht im Sinne der einzelnen KonsumentInnen. Es geht nicht an, dass die ärmsten Menschen in schlecht isolierten Wohnungen mit klimazerstörenden Heizungen und den höchsten monatlichen Betriebskosten sitzen und keine Chance haben, etwas an ihrer Situation zu ändern, weil VermieterInnen ihnen jede Änderung verbieten und sie es sich auch gar nicht leisten könnten, Fenster zu tauschen oder die Ölheizung gegen eine umweltfreundliche Alternative zu tauschen.

Daher müssen staatliche Zuschüsse für Umweltmaßnahmen wahlweise auch als Kredit in Anspruch genommen werden können, der beispielsweise über Einsparungen durch geringere Heiz- und Betriebskosten oft schon in wenigen Jahren wieder abgezahlt ist. Die umweltfreundliche Investition jedoch bleibt üblicherweise über Jahrzehnte hinweg bestehen und hilft, Klima und Geldbörse zu schonen.

Der Wunsch nach räumlicher Nähe zu hochwertigem Grün, der oft speziell Frauen nachgesagt wird, hat unter anderem dazu geführt, dass immer mehr Menschen sich im städtischen Umland ansiedeln. Dies führt zu ökologisch negativen Effekten wie Zersiedelung, schlechte öffentliche Verkehrsanbindung und der Notwendigkeit des Pendelns zu einem Arbeitsplatz in die Stadt hinein. Hierbei gibt es unterschiedlichste Ansätze, die schon dabei beginnen, den Wunsch nach gesundem Grün auch innerhalb der Stadt zu erfüllen und die dementsprechenden hochwertigen Grünanlagen leicht erreichbar anzubieten. Auch urbane „Speckgürtel“ müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut und sicher erreichbar sein, so dass niemand auf ein Auto angewiesen ist, über welches Frauen übrigens wesentlich seltener verfügen als Männer. Das Angebot von Teleworking, wo frau nicht jeden Tag ins Büro fahren muss, soll unter der Prämisse ausgebaut werden, dass solche Arbeitsplätze nicht mit einer kombinierten Kinderbetreuung zu Hause verwechselt werden. Erfüllende und befriedigende Jobs verlangen ebenso die komplette Aufmerksamkeit, wie die Arbeit mit Kindern durch professionelle BetreuerInnen.

Interessant ist die Studie des VCÖ, wonach Frauen in Österreich im Schnitt 51 % ihrer Alltagswege zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit Öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen, Männer hingegen nur 36 %. Und während rund 70 % der Männer täglich oder mehrmals die Woche ein Auto lenken, tun das nur 49 % der Frauen. Frauen sind also wesentlich unabhängiger vom Auto als Männer und multimodaler unterwegs.

Die Forderung nach stärkerer Einbeziehung von Frauen in die Verkehrsplanung und die Einführung von Gender-Budgeting im Verkehrsbereich liegen auf der Hand. Dabei soll bei öffentlichen Verkehrsausgaben auf die geschlechtergerechte Verteilung geachtet werden und die Investitionen zur Hälfte Frauen zugute kommen. Das heißt: Mehr Geld für Radwege und fussgängerInnenfreundliche Lösungen.

Darüber hinaus sollte aber auch das Konzept der kurzen Wege gefördert werden. So sollte es möglich sein, ohne Auto zur Arbeit, zur Schule, zu diversen Geschäften und sozialer Infrastruktur oder in Naherholungsgebiete zu kommen. Projekte, die dieses Konzept nicht befolgen, also "Planung in der grünen Wiese", sollen noch strikter von allen Förderungen ausgeschlossen sein. Die Minimalanforderung liegt in der guten Erreichbarkeit mittels günstiger öffentlicher Verkehrsmittel. Von der Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger profitieren vor allem die Menschen: Verkehrsberuhigte Zonen werden möglich und man lebt nicht mehr zwischen parkenden Autos und mit ständigem Verkehrslärm. Das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel sollte zu fairen und sozialen Preisen gestellt werden, damit Mobilität und Flexibilität keine Frage des Geldes und der sozialen Herkunft mehr sind.

Frauen sind nicht nur wesentliche Playerinnen, wenn es darum geht, Umwelt und Klima zu schützen. Sie sind in vielen Teilen der Welt auch die Hauptbetroffenen von Klimaerwärmung und sich ändernden Lebensbedingungen, die dadurch verursacht werden. Weltweit betrachtet sind es vor allem die Frauen, die Lebensmittel anbauen, Vieh hüten und Wasser besorgen. Durch zunehmende Dürren oder andere extreme Wetterphänomene werden ihre Aufgaben unerfüllbarer, die Ernten karger, die Wege weiter und es bleibt dadurch weniger Zeit und Möglichkeit für Mädchen, zu Schulausbildung zu kommen und für Frauen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, die für ein ökonomisch und sozial selbständiges Leben eine wichtige Voraussetzung wäre. Aufgrund nicht mehr vorhandener Wasser- und Bodengrundlagen gibt es für zunehmend mehr Frauen keine Perspektive mehr, sich und ihre Familien zu ernähren. Die einzige Chance auf ein Überleben liegt darin, die Heimat zu verlassen und anderswo Zukunft für sich und die Familie zu suchen – oft endet dieses Unterfangen nicht mit dem Erfüllen der Hoffnungen.

Eine international denkende, solidarische Klimapolitik, die jenen, die die Klimaerwärmung mit Nichten verursacht haben aber am meisten darunter leiden, dabei hilft, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen, die kohlenstoffarme Technologie und das dafür nötige Knowhow zur Verfügung stellt und dabei unterstützt, dass auch Entwicklungsländer in der Lage sind, ihren Beitrag für eine Reduktion des globalen Treibhausgasausstoßes zu leisten ist eine, die sich in besonderem an Frauen zu wenden hat. Auch in den Ländern des Südens

spielen Frauen eine zentrale Rolle bei Umweltschutz und dem verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen, dort haben sie aber noch weniger die Mittel und den Zugang zu Entscheidungen, weshalb sich Entwicklungspolitik im Umwelt-, Mobilitäts- und Energiesektor besonders an den Bedürfnissen der Frauen zu orientieren hat.

Eine Verbindung von Entwicklungs-, Umwelt- und frauenpolitischen Strategien hilft auch dabei, Auswirkungen von Katastrophen zu mindern und präventiven Katastrophenschutz zu ermöglichen. So verhindern z.B. intakte Mangrovenwälder die schlimmsten Auswirkungen von Flutwellen, eine emissionsarme Produktionsweise belastet Wasser und Boden weniger. Das führt dazu, dass in Fällen von Dürren oder anderen extremen Wetterphänomenen die negativen Auswirkungen auf die Versorgung von Grundnahrungsmitteln abgemildert werden.

In der Produktion von Kaffee, Kakao und Tee, Südfrüchten, Blumen und Gewürzen sind oft Frauen beschäftigt. Die Zertifizierung mit dem Fair Trade Siegel garantiert nicht nur faire Löhne für die Frauen sondern auch den geringen Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln und gleichzeitig die Möglichkeit für die Arbeiterinnen, sich vor den Auswirkungen der Gifte ausreichend zu schützen. Darüber hinaus finanziert Fair Trade oft auch Weiterbildung für die Frauen und Einrichtungen, die ihnen die Vereinbarung von Beruf und Familie erleichtert, wie z.B. Kindergärten.

Über die schon in dieser Analyse erwähnten Forderungen hinaus bieten sich für die SPÖ Frauen viele weitere Handlungsoptionen in der Umwelt- und Klimapolitik.

Die Bundesfrauenkonferenz der SPÖ fordert daher:

Erstellen und Verteilen einer Broschüre mit der Abkürzung der E-Nummern für den umweltbewussten Einkauf mit Hinweisen auf mögliche Allergien und Auswirkungen durch Farb- und Zusatzstoffe sowie künstlichen Aromen.

Das Erstellen einer Homepage mit

- einem CO₂-Rucksack-Rechner (wie viel CO₂-Äquivalente haben Erdbeeren aus Spanien, wie viel aus dem Burgenland)
- Info zur Vergleichbarkeit von Produkten nach Verbrauch, grauer Energie, Reparierbarkeit
- Adressen von Reparatur- und Servicezentren
- Online-Austauschmöglichkeit über die Zufriedenheit, Langlebigkeit, von Produkten
- Energieberatung in der Nähe, Service und Beratung über Finanzierungen
- Im eigenen Bereich Konsumgüter mit Fair Trade Siegel oder aus biologischer Landwirtschaft (bei Kaffee, Tee, Blumen, Säften, Schokolade,...) bei Konferenzen, Sitzungen und in Sekretariaten verwenden und die dementsprechende Bewerbung, damit MultiplikatorInnen gewonnen werden.
- Aktivitäten und Veranstaltungen zur gesamtheitlichen Betrachtung von Entwicklung versus Wachstum organisieren.
- Politisches Engagement zum sozial treffsicheren Design von Förderungen (Kreditwürdigkeit schaffen, Contracting Modelle, ...).
- Offensive, um Frauen als Energieberaterinnen, Kaufentscheidungshelferinnen, etc. auszubilden, müssten alles Zukunftsberufe sein.
- Glaubhafte internationale Klimapolitik mit ambitionierten Zielen betreiben.
- Thermische Sanierung politisch vorantreiben, schafft (vor allem Männer)Arbeitsplätze und erhöht Lebensqualität bei sinkenden Betriebskosten.
- Entwicklungsprojekt mit Klima- oder Umweltschutzbezug auf politischer Entscheidungsebene und via Fundraising unterstützen und dementsprechende Öffentlichkeitsarbeit dazu.

- Frauen bei der Gestaltung von hochwertigen innerstädtischen Grünflächen einbeziehen, Partizipationsphase und Umsetzungsphase dürfen nicht zu lange auseinander liegen - Eröffnung der neugestalteten Parkanlage, Innenhof o.ä. mit einem Frauenfest.
- Ausbau von qualitativ hochwertigen Telearbeitsplätzen.
- Intensiver Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.